

### **Ergebnisprotokoll**

**Erörterungstermin mit Trägern öffentlicher Belange zum RROP-Entwurf 2015**  
am 14.01.2016 im Kreishaus Cuxhaven, Sitzungssaal

Beginn: 10:00

Ende: 12:45

#### **Teilnehmende Landkreis Cuxhaven:**

- Hr. Jochimsen (Erster Kreisrat)
- Hr. Eickmann (Amt Bauaufsicht und Regionalplanung)
- Hr. Tilly (Amt Bauaufsicht und Regionalplanung)
- Hr. Mechnig (Amt Bauaufsicht und Regionalplanung)
- Hr. Bothe (Amt Bauaufsicht und Regionalplanung)
- Hr. Fokuhl (Naturschutzamt)

**Teilnehmende Einwender:** siehe Anwesenheitsliste

Hr. Jochimsen eröffnet den Erörterungstermin, begrüßt alle Anwesenden und stellt die anwesenden Mitarbeiter des Landkreises vor. Anschließend erläutert er den bisherigen sowie den weiteren Verlauf des Verfahrens zur Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms – Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie (RROP). Zudem wird die im Vorfeld des Termins durch den Landkreis zur Verfügung gestellte Synopse erläutert. Die Einwender werden gebeten, sich auf Nachfragen und Ergänzungen zu den bereits abgegebenen Einwendungen zu beschränken.

Hr. Mechnig gibt anschließend anhand einer PowerPoint-Präsentation einen kurzen Überblick über die Inhalte des RROP-Entwurfs 2015. Er erläutert zudem, dass bereits anhand der Synopse voraussichtliche erhebliche Änderungsbedarfe am aktuellen Entwurf erkennbar sind und es nach den Erörterungsterminen zu redaktionellen und inhaltlichen Änderungen kommen wird. In der Folge geht die Verwaltung davon aus, dass im Frühjahr 2016 ein neuer RROP-Entwurf 2016 vorgelegt werden wird.

Hr. Jochimsen bedankt sich bei Hr. Mechnig für die Einführung und erteilt Hrn. Lasius von der **Stadt Cuxhaven** das Wort

Hr. Lasius stellt zunächst die Frage nach dem Rechtsstatus des RROP und der entsprechenden Rechtsgrundlage, die der Landkreis im Rahmen von Verfahren zum Repowering von Windkraftanlagen zu Grunde legt. Anschließend thematisiert er ein praktisches Problem, dass er in Bezug auf den Standort Cuxhaven-Altenbruch sehe. Hier seien die Flächen für die Windenergie faktisch durch die Autobahn 27 getrennt, allerdings würden die Flächen als ein Windpark gesehen. Diesbezüglich ergebe sich im Rahmen eines Repowerings das Problem, dass nach dem RROP lediglich zwei unterschiedliche Höhen je Windpark vorgesehen seien, im Windpark heute jedoch bereits vier unterschiedliche Höhen vorhanden seien.

Hr. Mechnig beantwortet die Frage zum Rechtsstatus des RROP, indem er verdeutlicht dass der Landkreis bei Beteiligungen (z.B. bei Genehmigungsverfahren nach dem BImSchG) die Inhalte des Entwurfs 2015 zu Grunde lege. In Bezug auf den Standort Cuxhaven-Altenbruch führt er aus, dass die Regelung zu zwei unterschiedlichen Anlagenhöhen je Windpark bereits seit dem RROP 2012 bestehe und sich hieraus vor allem für Investoren Herausforderungen ergeben. Diese müssten sich innerhalb der Windparks auf Höhen einigen.

Hr. Jochimsen ergänzt, dass ein Bestandschutz für die vorhandenen vier Höhen bestehe, aber im Rahmen eines Repowerings eine Reduzierung auf zwei Höhen vorgenommen werden müsse.

Hr. Leonhard vom Bundesverband Windenergie e.V., Regionalverband Elbe-Weser-Nord erwidert, dass dies in Altenbruch nicht funktioniere. Unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit müsse bei einem Repowering eine Höhe von mindestens 150m erreicht werden. Im Windpark Altenbruch seien vier unterschiedliche Höhen im Bestand. Davon hätten zwei Anlagen, die Landwirten gehörten, eine Höhe von 60-70m. Landwirte seien für die Unternehmen tendenziell problematische Verhandlungspartner und könnten Investitionen im Wege stehen.

Hr. Eickmann ergänzt, dass es sich bei den beiden angesprochenen Anlagen um Anlagen mit 66m Höhe aus den 1990er Jahren handle. Er sehe diese Anlagen als nicht mehr zeitgemäß an. Aus bauordnungsrechtlicher Sicht stehe auch die Frage im Raum, ob die Anlagen noch standsicher seien. In Bezug auf die unterschiedlichen Anlagenhöhen führt er aus, dass marginale Unterschiede bei den Anlagenhöhen keine Rolle spielten und als eine Höhe angesehen würden.

Hr. Mechnig ergänzt, dass nur optisch wahrnehmbare Höhen relevant seien und die aufgeworfenen Fragen in Bezug auf die älteren Anlagen diskutiert werden müssten.

Hr. Jochimsen stellt abschließend fest, dass bei künftigen Repowering-Maßnahmen eine fünfte Höhe in jedem Fall nicht hinzukommen könne und die Regelungen des RROP eingehalten werden müssten. Er führt weiter aus, dass die Verwaltung diesen Sachverhalt noch einmal prüft und ggf. die Regelung anpasst.

Nachdem von Seiten der Stadt Cuxhaven keine weiteren Fragen bestehen, werden die Vertreter der **Stadt Geestland** sowie der **Gemeinde Beverstedt** und der **Gemeinde Hagen** aufgerufen. Die Vertreterinnen und Vertreter der jeweiligen Gemeinden möchten keine ergänzenden Anmerkungen vorbringen.

Hr. Jochimsen ruft die **Gemeinde Wurster Nordseeküste** auf, für die Fr. Poppe anwesend ist. Fr. Poppe thematisiert den, aus Sicht der Gemeinde problematischen, möglichen Wegfall einzelner Standorte für Windenergie. Zudem geht sie auf die Regelung zur Erhöhung der Gesamtrotorfläche im Rahmen von Repowering-Maßnahmen in Ziffer 11 des RROP ein. Sie regt an, dass die Regelung, nach der sich die Gesamtrotorfläche nicht um mehr als 15% erhöhen dürfe, geändert werden solle.

Hr. Jochimsen verweist in diesem Zusammenhang auf erhebliche Bedenken in Bezug auf das Repowering von Windenergieanlagen am Nationalpark Wattenmeer, die u.a. von der Nationalparkverwaltung und dem Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) geäußert wurden. In der Gemeinde Wurster Nordseeküste betreffe dies die Standorte Wremen-Schottwarden, Padingbüttel, Nordholz-Spieka-Neufeld, Nordholz-Cappel-Neufeld und Misselwarden. In Bezug auf den Umgang mit den betroffenen Windpark-Standorten gebe es zwei Optionen. Die erste Option bestehe in der kompletten Herausnahme der betroffenen Standorte aus dem RROP. Als zweite Option sei es denkbar, dass lediglich die Standorte rausgenommen würden, von denen die größten Probleme ausgehen. Sollten einzelne Windparks aus dem RROP herausgenommen werden, würde es zu einer erneuten Auslegung eines neuen RROP-Entwurfs kommen. Hr. Jochimsen weist zudem darauf hin, dass die 15%-Regelung wahrscheinlich

gestrichen werde und zukünftig bei Repowering-Maßnahmen in den betroffenen Windparks keine Vergrößerung der Rotorflächen mehr möglich sein wird.

Hr. Mechnig geht auf das zugrundeliegende Planungskonzept ein und führt aus, dass sich dieses nach dem maßgeblichen Urteil des Bundesverwaltungsgerichts richte. In Bezug auf bauleitplanerisch gesicherte Anlagenstandorte, die nicht dem Planungskonzept des Landkreises entsprechen, ließen sich zudem zwei Standorttypen unterscheiden. Erstens gebe es Standorte, die zwar nicht dem Planungskonzept des Landkreises entsprechen, bei denen jedoch sowohl in Bezug auf die Bevölkerung als auch auf die Natur Gewöhnungseffekte eingetreten sind und ein Repowering auch naturschutzfachlich vertretbar erscheint. Zweitens gebe es Standorte, bei denen erhebliche naturschutzfachliche Belange entgegenstehen, die einer Übernahme im Rahmen einer Ziel-Ausnahme-Regelung eigentlich entgegenstehen. Wolle der Landkreis absolute Rechtssicherheit, wäre eine Streichung entsprechender Standorte die angezeigte Lösung. Eine komplette Streichung der Standorte sei vom Landkreis allerdings nicht gewollt. Es sei daher notwendig gewesen, eine Regelung für eine eingeschränkte Übernahme zu finden. In diesem Zusammenhang sei die 15%-Regelung ein Versuch gewesen. Dieser sei allerdings nicht rechtssicher gewesen und zudem von verschiedenen Seiten kritisiert worden. In der Folge blieben dem Landkreis nun lediglich die Möglichkeiten, die betroffenen Standorte zu streichen oder die Standorte unter der Einschränkung bestehen zu lassen, dass keine Erhöhung der Rotorflächen zugelassen wird.

Hr. Jochimsen richtet die Frage an die Nationalparkverwaltung, ob diese zu der vorausgegangenen Diskussion ebenfalls etwas vortragen möchte. Die Nationalparkverwaltung, für die Fr. Sobottka anwesend ist, verzichtet hierauf.

Hr. Leonhardt trägt Beispiele für die Berechnung der Rotorkreisfläche vor und führt aus, dass ein Repowering mit modernen Anlagen zu großen Rotorflächen führe. Die Regelungen des RROP zur Beschränkung der Rotorfläche seien daher aus wirtschaftlicher Sicht nicht sinnvoll. Zudem sei die Höhe von Windenergieanlagen als relevanter Faktor in Bezug auf das Störpotenzial zu berücksichtigen.

Hr. Jochimsen fasst zusammen, dass die 15%-Regelung in Bezug auf die Gesamtrotorflächen den Eingriff an den entsprechenden Standorten verringern solle und damit beitragen solle zu einer Übernahme der Standorte. Diese Versuche seien jedoch auf Vorbehalte gestoßen. Das Problem der Wirtschaftlichkeit werde in diesem Bezug durchaus erkannt. Anschließend an die Zusammenfassung fragt Hr. Jochimsen nach weiteren Einwendungen der Gemeinde Wurster Nordseeküste.

Fr. Poppe verneint die Frage nach weiteren Einwendungen und weist darauf hin, dass die Gemeinde Wurster Nordseeküste ihre Einwendungen aufrechterhält.

Hr. Jochimsen ruft als nächsten Träger öffentlicher Belange die **Nationalparkverwaltung Niedersächsisches Wattenmeer** auf.

Fr. Sobottka von der Nationalparkverwaltung geht zuerst auf Ziffer 048.04 ein, in der es um die Ermittlung harter und weicher Tabuzonen geht. Der Nationalpark sei zu den harten Tabuzonen zu zählen, dies sei auch dem Windenergieerlass zu entnehmen. Sie regt an, dies in den Entwurf des RROP aufzunehmen.

Hr. Jochimsen hält eine Einstufung des Nationalparks als harte Tabuzone für möglich. Er erläutert aber, dass sich durch die Einstufung des Nationalparks als weiches Tabukriterium für diesen keine negativen Auswirkungen ergäben und auch mit diesem Vorgehen im Nationalpark in keinem Fall Windenergieanlagen entstehen könnten.

Fr. Sobottka stellt fest, dass es sich bei dem Puffer zum Nationalpark um eine weiche Tabuzone handelt; bei weichen Tabuzonen sei eine Prüfung für den konkreten Planungsraum notwendig. Hierzu verweist Sie auf den Windenergieerlass.

Auf Nachfrage von Hrn. Jochimsen, welche Abstände die Nationalparkverwaltung für angemessen hielte, trifft Fr. Sobottka die Aussage, dass zum Vogelschutz ein Abstand von 1200m eingehalten werden sollte. Damit wären artenspezifische Wirkungen auf individuelle Vogelarten berücksichtigt. Betreffend des Landschaftsbildes wäre die 15-fache Anlagenhöhe anzulegen. In Bezug auf die Abstände der Tabuzonen werde angeregt, auf Basis der größtmöglichen Anlagenhöhe mögliche Abstände durchzugehen. Zudem übt Fr. Sobottka Kritik an den bauleitplanerisch gesicherten Standorten, die sich in der Gemeinde Wurster Nordseeküste in unmittelbarer Küstennähe befinden.

Hr. Jochimsen weist darauf hin, dass es sich bei den Standorten in Küstennähe nicht um Vorranggebiete handele, sondern um bauleitplanerisch gesicherte Bereiche. Diesbezüglich sei auch zu berücksichtigen, dass sich gewisse Gewöhnungseffekte eingestellt haben dürften. Es stelle sich die Frage nach dem Umgang mit diesen Standorten in Bezug auf mögliche Repowering-Maßnahmen und welche Belange die Nationalparkverwaltung als ausschlaggebend ansehe in Bezug auf eine mögliche Erhaltung von Anlagenstandorten.

Fr. Sobottka sieht in Bezug auf Repowering-Vorhaben in Deichnähe vor allem die Scheuch- und Vergrämungswirkung auf die vorhandenen Hochseerastplätze im Watt als problematisch an. Diese hänge vor allem von der Höhe der Windenergieanlagen ab und würde damit auch bei Umsetzung der 15%-Regelung erhalten bleiben. Zudem sollten die Anregungen der Nationalparkbehörde zum Landschaftsbild aufgenommen und verarbeitet werden. Weiter kritisiert sie die Verlagerung der Entscheidung über die mögliche Höhe neuer Anlagen auf die Genehmigungsebene und spricht sich für eine frühzeitige Lösung auf Ebene des Landesraumordnungsprogramms (LROP) und des RROP aus. Hierzu weist Fr. Sobottka auf die Regelungen zum Integrierten Küstenzonenmanagement unter Ziffer 1.4 im LROP hin. Die Nationalparkverwaltung begrüßt darüber hinaus, dass die Abwägung nochmal überprüft werden soll.

Es folgen Rückfragen der Vertreter des Bundesverband Windenergie e.V. zu Abstandsfragen und es kommt zu einer kurzen Diskussion mit Fr. Sobottka.

Hr. Jochimsen geht anschließend auf die Besonderheit der Standorte in der Gemeinde Wurster Nordseeküste ein und fasst zusammen, dass die Scheuch- und Barrierewirkung abhängig sei von den Abständen der Anlagen zum Nationalpark. Hintergrund der 15%-Regelung sei die Annahme gewesen, dass mehrere Windenergieanlagen die gleiche Barrierewirkung entfalten würden wie eine einzelne Anlage mit gleicher Rotorfläche. Die Ausführungen der Nationalparkverwaltung hätten nun gezeigt, dass auch die Höhe der Anlagen von Bedeutung sei. Mit Blick auf Lösungsmöglichkeiten stelle sich die Frage, ob die Herausnahme einzelner Standorte eine Lösung sein könne. Hierbei nimmt Hr. Jochimsen Bezug auf einen Standortvergleich, der von der Nationalparkverwaltung im Rahmen des Beteiligungsverfahrens angefertigt wurde. Es stelle sich die Frage nach der Möglichkeit, konfliktreichere Standorte herauszunehmen und im Gegenzug die konfliktärmeren Standorte bestehen zu lassen.

Fr. Sobottka geht auf den Standortvergleich ein und erläutert auf Grundlage der Belange der Nationalparkverwaltung die Reihenfolge der Standorte in Bezug auf ihre Konfliktrichtigkeit. Die geringeren Konflikte beständen demnach an den Standorten Misselwarden und Nordholz/Spieka-Neufeld. Die größere Konfliktlage sei an den Standorten Wremen-Schottwarden, Nordholz/Cappel-Neufeld und Padingbüttel vorzufinden. Trotz gradueller Unterschiede sei die Konfliktintensität insgesamt jedoch an allen Standorten hoch. Letztlich müsse der Landkreis Cuxhaven abwägen und die aufgeworfenen Fragen zum Umgang mit den küstennahen Standorten beantworten.

Hr. Jochimsen dankt der Nationalparkverwaltung für die Ausführungen und ruft als nächste Institution die **Niedersächsischen Landesforsten, Forstamt Harsefeld** auf, für die Hr. Wegner anwesend ist.

Hr. Wegner lobt zunächst das bisherige Vorgehen des Landkreises bei der Erarbeitung des Entwurfs zum RROP 2015 und bezieht sich dann auf die Berücksichtigung von Wäldern im Rahmen des RROP-Entwurfs. Aus Sicht der Niedersächsischen Landesforsten bestehe der einzige Kritikpunkt in der Vernachlässigung kleinerer Waldflächen mit einer Größe von weniger als 1 ha. Da der Landkreis Cuxhaven lediglich einen Anteil von nur 8,6% Wald habe, seien hier auch kleinere Waldflächen von großer Bedeutung. Insbesondere innerhalb von bauleitplanerisch gesicherten Bereichen würden Waldflächen unter 1 ha leicht übersehen. Es werde daher angeregt, das „1 ha-Kriterium“ entfallen zu lassen.

Hr. Fokuhl verweist auf den Maßstab des RROPs von 1:50.000. In diesem Maßstab seien Flächen von 1 ha nur schwer darzustellen. Zudem erläutert Hr. Fokuhl die Vorgehensweise innerhalb des RROP-Entwurfs in Bezug auf Waldflächen und erläutert, dass der Umgang mit Waldflächen eine Konsequenz daraus sei, dass es bisher keine abschließende Definition zu der Gebietskulisse von Wäldern im Kreisgebiet gebe. So könne bei einem entsprechenden Binnenklima bereits bei 1.000m<sup>2</sup> ein Wald vorliegen, entsprechend kleine Flächen seien aber in der zeichnerischen Darstellung nicht darstellbar. Im RROP könne letztlich nur ein Verweis aufgenommen werden. Die Berücksichtigung und genauere Untersuchung kleinerer Waldflächen sei lediglich in der Bauleitplanung und im Genehmigungsverfahren möglich.

Hr. Jochimsen fasst zusammen, dass es keine eindeutige Definition zu „Wald“ gebe und der Landkreis sich daher für eine Orientierung an Hektarzahlen entschieden habe. Für den Einwand bestehe aber Verständnis.

Hr. Wegner äußert auch seinerseits Verständnis für das Vorgehen des Landkreises und stellt die Frage, wie bindend der Hinweis auf kleine Waldflächen im RROP sei und wie verbindlich der Abstand von 100m zu kleinen Waldflächen sei. Es beständen diesbezüglich Bedenken, dass die Belange des Waldes auf Gemeindeebene weggewogen werden könnten. Zudem stellt er die Frage, ob eine Beurteilung einzelner Wälder im Rahmen der Aufstellung des RROP stattfinde.

Hr. Fokuhl trägt die entsprechenden Regelungen zu kleinen Waldflächen im Entwurf zum RROP vor und führt aus, dass eine Beurteilung von Einzelflächen vorgenommen werde. Es lägen aber viele Flächen mit einer Größe von über 19 ha vor. Bei diesen Flächengrößen sei es schwierig, für jedes einzelne Gehölz Regelungen zu finden.

Hr. Wegner geht auf eine Tabelle in der Begründung zum RROP-Entwurf ein und schlägt vor, dass hier die entsprechenden Abstandskriterien auch auf kleinere Waldflächen unter 1ha angewendet werden.

Hr. Mechnig erwidert, dass es sich in dem angesprochenen Fall um bauleitplanerisch gesicherte Bereiche handle und die kleinflächigeren Waldbestände dementsprechend bereits im Rahmen der Bauleitplanung berücksichtigt worden seien.

Hr. Leonhardt wendet ein, dass die Regelungen zu Waldflächen von unter 1 ha nicht sinnvoll seien. In Bezug auf die Definition von „Wald“ sei zudem eine differenziertere Betrachtung der jeweiligen Gehölze sinnvoll und eine Einführung des Begriffs „Nutzwald“ sinnvoll.

Hr. Jochimsen erläutert nochmals, dass der Landkreis sich aufgrund der hiesigen Waldarmut zur vorliegenden Vorgehensweise entschieden habe und Wald für die Nutzung von Windenergieanlagen nicht angetastet werden solle. In Landkreisen mit höherem Waldanteil möge dies anders bewertet werden.

Hr. Wegner unterstreicht die Relevanz kleinerer Wälder mit Blick auf ihre Vernetzungsfunktion.

Hr. Leonhardt stimmt zu, dass wertvolle Wälder für die Nutzung von Windenergie nicht anzutasten seien. Bei solchen Wäldern, die im Landkreis Cuxhaven nicht heimisch seien (wie z.B. Fichtenwäldern), sei ein Schutz allerdings nicht sinnvoll.

In der Folge entsteht eine kurze Diskussion zwischen den Vertretern des Bundesverbands WindEnergie und Hrn. Wegner.

Hr. Jochimsen erläutert abschließend nochmals die bestehenden Regelungen innerhalb des Entwurfs zum RROP und weist darauf hin, dass entsprechende Nacharbeiten zum Thema Wald mit einem sehr hohen Aufwand verbunden wären.

Nachdem keine weiteren Rückfragen bestehen, ruft Hr. Jochimsen als nächstes den **Wasserversorgungsverband Wesermünde-Nord** auf, für den Hr. Rinas und Hr. Haichinger anwesend sind.

Die Vertreter des Wasserversorgungsverbands thematisieren Probleme, die sich aus Gründungen für Windkraftanlagen innerhalb von Wasserschutzgebieten ergeben. Im Wasserschutzgebiet Holßel seien die Deckschichten von Bohrungen durchlöchert. Diese Bohrungen könnten nicht versiegelt werden, wodurch sich eine Bedrohung des Grundwassers ergebe. Zudem würden auch Fundamente in Wasserschutzgebieten Probleme hervorrufen und Deckschichten beschädigen. Es wird angeregt, vorhandene Fundamente weiter zu nutzen oder zumindest neue Fundamente an den Stellen der alten Fundamente einzulassen. Vom Kreis wird diesbezüglich ein restriktiveres Vorgehen gefordert.

Hr. Mechnig antwortet darauf, dass die Regionalplanung in dieser Hinsicht keine Handlungsmöglichkeiten habe und dieses Thema auf nachgelagerten Ebenen behandelt werden müsse.

Hr. Jochimsen ergänzt, dass im Rahmen von Repowering-Maßnahmen die Nutzung alter Fundamente technisch nicht möglich sei.

Hr. Eickmann fügt hinzu, dass hierzu eine Lösung auf Ebene des Genehmigungsverfahrens gefunden werden müsse und die Genehmigungsbehörden dabei auf die fachliche Beteiligung des Wasserversorgungsverbandes angewiesen seien.

Die Vertreter des Wasserversorgungsverbandes fügen hinzu, dass eine Beteiligung des Verbandes in Genehmigungsverfahren bisher nicht immer gewährleistet gewesen sei. Gerade in Wasserschutzgebieten sei aber eine Beteiligung notwendig.

Hr. Jochimsen stellt fest, dass eine Beteiligung des Wasserversorgungsverbandes in zukünftigen Genehmigungsverfahren gewährleistet werden müsse.

Nachdem von Seiten des Wasserversorgungsverbandes keine weiteren Fragen bestehen, wird der **Bundesverband Windenergie e.V., Regionalverband Elbe-Weser-Nord** aufgerufen. Für den Bundesverband sind Frau Zschau und Herr Leonhardt anwesend.

Hr. Leonhardt thematisiert zunächst die Regelungen zum Rückbau von Kranstellflächen und Wegflächen in Ziffer 04 des Entwurfs zum RROP und fordert einen Verzicht auf diese Rückbauverpflichtung ein, soweit dies mit den jeweils betroffenen Landwirten abgestimmt sei. Zudem kritisiert er die auf fünf Jahre beschränkte Nutzungsdauer von Testanlagen unter Verweis darauf, dass die Beschränkung auf einen Zeitraum von fünf Jahren keinen wirtschaftlichen Betrieb einer Windenergieanlage erlaube.

Fr. Zschau geht anschließend auf die Ziffer 06 des RROP-Entwurfs 2015 ein, die vorsieht, dass sich bei neu zu errichtenden Windenergieanlagen die Rotorblätter innerhalb der Vorranggebiete bzw. der bauleitplanerisch gesicherten Bereiche befinden müssen („Inside-Regelung“). Frau Zschau weist diesbezüglich darauf hin, dass das zugrundeliegende Urteil des VG Hannover noch nicht rechtskräftig sei. Dies bestätigt Hr. Jochimsen.

Fr. Zschau hält die Formulierung von Zielen der Raumordnung aufbauend auf eine nicht rechtskräftige Rechtsprechung für schwierig. Zudem seien Regelungen in bestehenden Flächennutzungsplänen durch das RROP zu berücksichtigen. Wenn Flächennutzungspläne davon ausgingen, dass die Rotoren von Windkraftanlagen auch aus den Sondergebieten herausragen könnten („Outside-Regelung“), dann werde die Planung der Gemeinde durch die „Inside-Regelung“ des RROP eingeschränkt. Im RROP 2012 sei zudem noch von einer „Outside-Regelung“ ausgegangen worden, bei der die Rotoren auch über die Grenzen von Vorranggebieten oder bauleitplanerisch gesicherten Bereichen hinausragen könnten. Die Flächennutzungspläne der Gemeinden hätten sich bei ihrer Umsetzung an diesen Regelungen orientiert und würden daher durch den Entwurf zum RROP 2015 in ihrer Planung eingeschränkt.

Hr. Jochimsen erläutert die entsprechenden Regelungen des RROP 2015 und stellt fest, dass eine Einschränkung der Gemeinden diesbezüglich nicht erkennbar sei.

Fr. Zschau geht weiter auf Abstandsregelungen und die erdrückende Wirkung von Windenergieanlagen ein. Sie hält eine Regelung von Abständen auf Genehmigungsebene für sinnvoll.

Hr. Jochimsen weist darauf hin, dass eine „Outside-Regelung“ insbesondere bei geringeren Schutzabständen problematisch sei. Dabei müsse auch die dynamische Entwicklung der Rotorlängen berücksichtigt werden. So würden bei einer „Outside-Regelung“ die grundsätzlich bereits geringen Abstände zu Wäldern oder Naturschutzgebieten durch Rotorlängen von bis zu 70m noch deutlich verkürzt. Auch die Abstände von 500m zu Ortslagen dürften nicht einfach auf 430m verkürzt werden.

Fr. Zschau wendet ein, dass eine „Outside-Regelung“ für Wälder nicht schädlich sei.

Hr. Jochimsen stellt in Frage, ob dies pauschal zu beurteilen sei.

Hr. Wegner fügt hinzu, dass Rotoren eindeutig einen Bestandteil der Windenergieanlagen darstellen und die Auswirkungen auf Wälder differenziert und am Einzelfall zu betrachten seien. Bspw. sei der Vogelbestand im Landkreis auch abhängig vom Waldbestand.

Hr. Jochimsen stellt fest, eine Einzelfallbetrachtung sei auf Ebene der Regionalplanung nicht möglich. Zudem habe eine Regelung, die ein Hinausragen der Rotorblätter erlaube, auch Auswirkungen auf den Menschen.

Fr. Zschau fasst zusammen, dass die Regelungen der Ziffer 06 des RROP-Entwurfs 2015 besser auf Genehmigungsebene betrachtet werden könnten. Zudem seien diese Regelungen in Bezug auf die Förderung der Windenergie als unproduktiv und einschränkend anzusehen.

Hr. Leonhardt geht auf den Klimawandel und erneuerbare Energien ein. Zudem betont er die Relevanz erneuerbarer Energien für den Landkreis Cuxhaven und den Küstenschutz. Den erneuerbaren Energien müsse entsprechender Raum zugestanden werden und es sei sinnvoll, Regelungen in dieser Hinsicht möglichst einfach zu halten.

Hr. Jochimsen führt aus, dass der Landkreis über die dargestellten Argumente nachdenken wird. Das Problem liege vor allem in der Frage des Umgangs mit den Abstandsflächen. Hierzu habe der Landkreis Entscheidungen getroffen, die nochmals überdacht würden. Eine Entscheidung werde letztlich durch die Politik getroffen.

Hr. Strack, ebenfalls als Vertreter des Bundesverband WindEnergie e.V. anwesend, verweist zunächst auf die politischen Ziele des Landes Niedersachsen und hält diese mit den aktuellen Regelungen des Landkreises für nicht erreichbar. Das Land gehe in seinem Windenergieerlass von einer „Outside-Regelung“ aus. Er verweist diesbezüglich auf die Fußnote auf Seite 11 des Windenergieerlasses. Bei Beibehaltung der aktuellen „Inside-Regelung“ im RROP wäre daher ein Zuschlag von ca. 25% der bereits vorhandenen Flächen im Landkreis notwendig, um die Landesziele zum substanziellen Raum für Windenergie zu erreichen. Bezogen auf die Fläche des Landkreises bedeute dies, dass 2,5% der Fläche für die Windenergienutzung auszuweisen seien statt der bisher 2%. Zu den bisherigen 2% zähle der Landkreis zudem auch die bauleitplanerisch gesicherten Flächen, die eigentlich nicht dazu gezählt werden könnten.

Hr. Jochimsen geht darauf ein, dass der Landkreis bezüglich des substanziellen Raums von der insgesamt ausgewiesenen Fläche im Landkreis ausgehe. Zudem stelle der Windenergieerlass des Landes lediglich eine Orientierungshilfe für die Regionalplanung dar und sei nicht verpflichtend.

Hr. Leonhard thematisiert als letzten Punkt den Umgang mit Testanlagen. Hier sei eine Befristung des Testbetriebs auf fünf Jahre nicht sinnvoll und stattdessen mindestens eine Erhöhung der Befristung auf 10 Jahre vorzunehmen. Für einen ökonomisch sinnvollen Betrieb sei sogar ein Zeitraum von etwa 18 Jahren notwendig. Dieses Thema sei insbesondere auch in Zusammenhang mit der Ansiedlung von Siemens in Cuxhaven von Relevanz.

Hr. Jochimsen erwidert, bei einem Testbetrieb von Windenergieanlagen könne nicht der wirtschaftliche Gewinn als Maßstab gelten und ein Zeitraum von etwa 18 Jahren könne nicht mehr als Testbetrieb bezeichnet werden. Der Landkreis sehe die vorhandenen Regelungen in Ziffer 12 des RROP-Entwurfs, mit einer 5-Jahres-Frist und der Möglichkeit zur Verlängerung, als ausreichend an. Nichtsdestotrotz würden die Einwendungen geprüft und die Regelung werde überdacht.

Als nächsten Einwender ruft Hr. Jochimsen die **Industrie- und Handelskammer Stade** auf, für die Hr. Feuster anwesend ist.

Hr. Feuster kritisiert die Regelungen der Ziffer 04 des RROP-Entwurfs, die den Rückbau von Verkehrsflächen beinhalten. Die Wegeflächen seien auch als Verbindungswege zwischen den Gemeinden und Landwirtschaftswegen geeignet. Der Umgang mit diesen Flächen könnte zudem besser auf der Genehmigungsebene behandelt werden. Weiter kritisiert Hr. Feuster die Regelungen der Ziffer 05, die durch ihre Festlegung auf zwei Anlagenhöhen die Gemeinden einschränke. Die „Rotor-Inside“-Regelungen der Ziffer 06 würden zudem als problematisch angesehen. Es wird stattdessen vorgeschlagen, die Stellung der Rotoren an die Hauptwindrichtung im Landkreis anzupassen. In diesem Zusammenhang sollte dann ggf. auch ein Herausragen der Rotorblätter möglich sein.

Hierzu ergänzt Fr. Zschau, dass die erdrückende Wirkung von Windenergieanlagen gerade in Hauptwindrichtung auftrete.

Hr. Feuster nimmt zudem Bezug auf Ziffer 11 und begrüßt grundsätzlich den Erhalt von Altstandorten. Die Beschränkung der Vergrößerung der Rotorfläche sei allerdings nochmal zu überdenken und evtl. auf Genehmigungsebene zu verlagern. Die Regelungen zu Testanlagen in Ziffer 12 werden durch die IHK grundsätzlich begrüßt. Teilweise werden die Regelungen als zu starr eingeordnet und auch hier wird eine Verlagerung auf die Genehmigungsebene angeregt. Es wird zudem als notwendig erachtet, noch eine Regelung zur Gesellschaftsform in Bezug auf den Betrieb von Testanlagen aufzunehmen.



Hr. Jochimsen und Hr. Eickmann greifen den Aspekt der Gesellschaftsform zum Betrieb von Testanlagen auf und halten es für sinnvoll, mögliche Regelungen zu diesem Thema auf Seite des Landkreises zu überdenken. Ebenfalls sei die Dauer der Befristung beim Betrieb von Testanlagen nochmal zu überdenken.

Als nächstes wird das **Niedersächsische Landvolk, Kreisverband Land Hadeln e.V.** aufgerufen. Als Vertreter des Kreisverbands ist Hr. Holthusen anwesend, der zunächst den Rückbau von Wegen thematisiert. Der Wegerückbau sei aus Sicht der Landwirtschaft wichtig, die jetzige Regelung zum Rückbau von Wegeflächen jedoch problematisch. Es wird vorgeschlagen dieses Thema auf die Genehmigungsebene zu verlagern. In Bezug auf die Regelung zu unterschiedlichen Höhen in Ziffer 05 sollten die topographischen Gegebenheiten mitberücksichtigt werden. Dadurch wäre es denkbar, dass auch mehr als zwei Höhen möglich sind. Mit Blick auf die Beschränkung der Gesamtrоторfläche in Ziffer 11 werde eine Regelung befürwortet, die eine größere Erhöhung der Rotorfläche erlaube.

Hr. Jochimsen erläutert, dass die Regelung zu den Höhen der Windenergieanlagen sich auf optisch wahrnehmbare Höhen beziehe und kleinere Abweichungen von wenigen Metern unproblematisch seien. Der zentrale Aspekt diesbezüglich sei die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes. Bezüglich der Regelung zur Gesamtrоторfläche in Ziffer 11 verweist er darauf, dass diese Regelung nicht gerichtsfest sei und deshalb wegfallen werde.

Hr. Jochimsen erteilt anschließend dem **Niedersächsischen Landvolk, Kreisverband Wesermünde** das Wort. Für den Kreisverband Wesermünde ist Hr. Gaul anwesend.

Hr. Gaul weist darauf hin, dass der Kreisverband Wesermünde seine Einwendung aufrechterhält. Zudem wird die hohe Relevanz der Windenergie für die Region hervorgehoben.

Anschließend wird die **Samtgemeinde Hemmoor** aufgerufen, von der jedoch keine Vertreter anwesend sind.

Als Vertreter der **Gemeinde Osten** sind Hr. Hagedorn und Hr. Horeis angereist. Hr. Hagedorn geht zunächst auf die Schwebefähre in Osten ein, für die eine Aufnahme zum Weltkulturerbe der Unesco beantragt werden soll. Diesbezüglich sei gegenüber dem Jahr 2011 ein großer Fortschritt zu verzeichnen. Das Projekt werde im Rahmen eines supranationalen Antrags zudem auch auf Ministerialebene unterstützt. Es wird der Wert eines möglichen Weltkulturerbe-Titels für die Region thematisiert und es wird befürchtet, dass Windparks im Umfeld der Schwebefähre die Bemühungen um den Titel als Weltkulturerbe konterkarieren könnten. Zudem wird es von der Gemeinde kritisch bewertet, dass der Landkreis in seiner Stellungnahme zur Planung der Südlark-Trasse den vorgesehenen Abstand zur Schwebefähre als kritisch bezeichnet habe, beim jetzt vorgesehenen Windpark bei einem ähnlichen Abstand aber keine Probleme in Bezug auf die Schwebefähre sehe.

Weiter wird ein avifaunistisches Gutachten aus dem Jahr 2015 thematisiert. Inhaltlich berücksichtige der Landkreis jedoch nur Aussagen zu Greifvögeln, Aussagen zum Rotschenkel oder ebenfalls relevanten Kiebitz würden jedoch nicht berücksichtigt. Zudem stelle sich die Frage, was es bedeute, wenn Einwendungen in der Synopse als „teilweise zu berücksichtigen“ eingeordnet wurden (wie bspw. in Einwendung 011.14).

Hr. Fokuhl erläutert hierzu, dass Daten zu Brutvögeln dem Landkreis zum damaligen Zeitpunkt nicht vorlagen. Ein Rotschenkel-Vorkommen sei berücksichtigt worden, der Kiebitz jedoch nicht. Das Vorranggebiet sei in Teilbereichen aus anderen Gründen verkleinert worden. Die nicht berücksichtigten Aspekte seien in nachfolgenden Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen.

Hr. Jochimsen ergänzt, dass Greifvögel aufgrund des erhöhten Schlagrisikos und des Artenschutzes besonders zu berücksichtigen seien.

Hr. Hagedorn fügt hinzu, im betreffenden Gebiet seien im Jahr 2015 auch Weißstorch-Vorkommen beobachtet worden. So befinde sich in etwa 500m Abstand ein Nest, dessen Abstände nicht berücksichtigt worden seien. Hier hätten sich im Jahr 2015 Jungstörche aufgehalten, die für das Jahr 2016 wieder erwartet würden. Auch seien hier zwei brütende Paare des Mäusebussards beobachtet worden. Zudem stelle sich die Frage, wie alt die Daten des Naturschutzamtes seien.

Hr. Fokuhl antwortet hierauf, dass die naturschutzfachlichen Daten unterschiedlich datiert seien, die angesprochenen Gutachten seien jedoch im Jahr 2015 entstanden. In Bezug auf ein mögliches Vorkommen des Weißstörches könnten Junggesellen-Vögel nicht berücksichtigt werden. Relevant seien lediglich brütende Störche, die im Zusammenhang mit Abstandsflächen zu Windenergieanlagen berücksichtigt werden müssten. Hierfür seien allerdings zunächst verlässliche Daten erforderlich. Das Brutvorkommen des Mäusebussards sei auf den nachfolgenden Ebenen der Bauleitplanung und der Genehmigung zu berücksichtigen.

Fr. Zschau stellt die Frage, ob aktuelle Gutachten aus dem Jahr 2015 zusätzlich zu dem verwendeten BIOS-Gutachten mit in die Planung einfließen würden, was von Hrn. Fokuhl und Hrn. Mechnig bejaht wird. Hr. Mechnig ergänzt diesbezüglich, dass bei der Berücksichtigung von Daten deren Substanz und Nachweisbarkeit wichtig sei.

Hr. Jochimsen betont in Bezug auf die Schwebefähre in Osten, dass diese bislang noch kein Weltkulturerbe sei und der Landkreis sich nur an der vorhandenen Faktenlage orientieren könne. Zudem seien die Denkmalschutzbehörden im Verfahren beteiligt gewesen und hätten keine Bedenken geäußert.

Hr. Leonhardt weist zunächst auf seine Mitgliedschaft im Vorstand der Kreisgruppe des BUND hin und bezieht sich dann auf die vorangegangenen Ausführungen zum Mäusebussard. Diesbezüglich wendet er ein, dass der Mäusebussard aufgrund seines Jagdverhaltens wenig schlaggefährdet sei.

Hr. Jochimsen verweist auf die Komplexität des Themenfeldes „Avifauna“ und die hochwertige Natur im Landkreis Cuxhaven. Hr. Mechnig fügt hinzu, dass alles berücksichtigt werde, was auf Ebene der Regionalplanung berücksichtigt werden könne.

Von den Vertretern der Gemeinde Osten wird abschließend darauf hingewiesen, dass die Gemeinde sich im Weiteren eine juristische Prüfung offen halte.

Nachdem keine weiteren Einwendungen vorgebracht werden schließt Hr. Jochimsen die Sitzung und verweist nochmal auf den Ausschuss für Regionalplanung und Wirtschaft am 09. März, in dem voraussichtlich die Inhalte eines aktualisierten Entwurfs vorgestellt werden sollen. Ziel des Landkreises sei es, das RROP noch in der laufenden Wahlperiode zu beschließen. Der letztmögliche Termin für einen Kreistag sei der 31.10.2016.

#### *Nachrichtlicher Hinweis*

Aus terminlichen Gründen ist eine Teilnahme von Vertretern der Samtgemeinde Börde Lamstedt sowie der Mitgliedsgemeinden Lamstedt, Mittelstenahle und Stinstedt nicht möglich gewesen. Im Vorfeld des Erörterungstermins wurde deshalb mit Schreiben vom 13.01.2016 seitens der Samtgemeinde folgender Sachverhalt zu Protokoll gegeben:

„Zur Stellungnahme der Samtgemeinde Börde Lamstedt (ab Seite 28 if. der Synopse) möchte ich klarstellend etwas vortragen. Hier wird zur laufenden Nummer 010a — Ziffer 010a.06 als Abwägungsergebnis zitiert:

„Im Hinblick auf die Wertigkeiten in Bezug auf Natur und Landschaft wird verwiesen auf die öffentlich zugängliche Naturschutzfachliche Einschätzung zum Entwurf 2015 [Seite 20 bis 22 (= Bei Stinstedt

Sankt Joost) und Seite 31 bis 33 (= Bei Odisheim und Stinstedt-Sankt Joost)). - Belege sind in der Naturschutzfachlichen Einschätzung grundsätzlich nicht beigelegt; der Umfang würde extrem steigen. In der Einleitung der Naturschutzfachlichen Einschätzung sind die geprüften Aspekte und die verwendeten Daten jeweils angeben. Bei Bedarf können einzelne Aspekte näher belegt werden. Ein Teil der angegebenen Informationen ist öffentlich zugänglich. - Die Potenzialfläche 024 nach dem RROP Entwurf 2015 (bzw. Potenzialfläche 030 nach dem RROP-Entwurf 2015) hat bei früheren Neuaufstellungen bzw. Fortschreibungen des Regionalen Raumordnungsprogramms nie eine Rolle gespielt (einschließlich RROP 2012); erstmalig nach der Umstufung von "Ortslage" in "Sonstige wohnbauliche Nutzung" durch die Samtgemeinde Börde Lamstedt im Vorfeld der Erstellung des Entwurfs 2014 gab es diese Potenzialfläche."

Zur Unterscheidung von Einstufungen von Ortslagen und Siedlungssplittern im Außenbereich der Gemeinde erfolgte durch den Landkreis eine Abstimmung mit den Gemeinden/Samtgemeinden am 25.03.2014. Durch die Samtgemeinde Börde Lamstedt wurde das Ergebnis dieser Abstimmung mit Mail vom 26.03.2014 zusammenfassend übermittelt. Im Ergebnis obliegt die Vornahme der Einstufung jedoch dem Landkreis Cuxhaven als Trägerin der Planung und nicht der Samtgemeinde Börde Lamstedt. Die Stellungnahme der Samtgemeinde (siehe Anlage) nimmt diese Einstufung nicht abschließend vor, die ist im Abwägungsergebnis missverständlich formuliert und klarzustellen!"

Die Darstellung der Samtgemeinde Börde Lamstedt wird vom Landkreis Cuxhaven zur Kenntnis genommen. Es ist richtig, dass die abschließende Entscheidung zur Einstufung der Siedlungslagen beim Landkreis Cuxhaven liegt. Sie basiert jedoch auf der Einstufung der beteiligten Gemeinden. Unabhängig der Frage, ob Eichhofsberg als Ortslage oder als sonstige wohnbauliche Nutzung eingestuft wird, wird kein Änderungsbedarf gesehen. Derzeit wird im Entwurf 2015 das Vorranggebiet Odisheim/Stinstedt ausgewiesen. Die Einstufung der Siedlung Eichhofsberg hat somit keine Bedeutung. Sollte zu einem späteren Zeitpunkt der Aufstellung das Vorranggebiet entfallen, müsste die Siedlung Eichhofsberg ggf. noch einmal geprüft werden.







Im Auftrag



Bothe  
(Protokollant)

Anlage  
Teilnehmerliste



Lfd.-Nr.	Institution	Teilnehmer Bitte in Druckbuchstaben	Unterschrift
1	Stadt Cuxhaven	WIKICH LASIUS	
2	Stadt Geestland	Gänter Eichmann ANRSTIN DÖSCHE Heidrun Jocke	  
3	Gemeinde Beverstedt		
4	Gemeinde Hagen	Anika Mehlertens TJS	A. Kest 
5	Gemeinde Loxstedt		
6	Gemeinde Wurster Nordseeküste	Astrid Poppe	A. Poppe 
7	Gemeinde Schiffdorf		
8	Samtgemeinde Am Dobrock		
9	Samtgemeinde Börde Lamstedt		

Lfd.-Nr.	Institution	Teilnehmer Bitte in Druckbuchstaben	Unterschrift
10	Samtgemeinde Hemmoor <i>Bemünde Oster</i>	<i>Das Hornis</i> <i>Muse Hagehorn</i>	<i>[Signature]</i>
11	Samtgemeinde Land Hadeln		
12	Landkreis Stade		
13	Landkreis Rotenburg (Wümme)		
14	Landkreis Osterholz		
15	Landkreis Wesermarsch		
16	Freie Hansestadt Bremen, Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa		
17	Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt		
18	Seestadt Bremerhaven		

Lfd.-Nr.	Institution	Teilnehmer Bitte in Druckbuchstaben	Unterschrift
19	Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein		
20	Bundesagentur für Arbeit		
21	Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen		
22	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Referat Infra I 3		
23	Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, Facility Management		
24	Bundesforstamt		
25	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Abteilung I		
26	Bundesministerium für Verkehr u. digitale Infrastruktur, Referat SW 13		
27	Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen		

Lfd.- Nr.	Institution	Teilnehmer		Unterschrift
		Bitte in Druckbuchstaben		
28	Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen			
29	Eisenbahnbundesamt			
30	Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt, Außenstelle Nord			
31	Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt, Außenstelle Nordwest			
32	Oberfinanzdirektion Hannover, Abteilung Bau und Liegenschaften			
33	Staatliches Baumanagement Elbe-Weser			
34	Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Cuxhaven			
35	Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Cuxhaven			
36	Wasser- und Schifffahrtsamt Bremen			



Lfd.- Nr.	Institution	Teilnehmer Bitte in Druckbuchstaben	Unterschrift
37	Wasser- und Schifffahrtsamt Bremerhaven		
38	Wasser- und Schifffahrtsamt Brunsbüttel		
39	Wasser- und Schifffahrtsamt Cuxhaven		
40	Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie		
41	Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Niedersachsen, RD Lüneburg, Domänenamt Stade		
42	Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Niedersachsen, RD Otterndorf, Amt für Landentwicklung Bremerhaven		
43	Landesvermessung und Geobasisinformation Niedersachsen		
44	Nationalparkverwaltung Nieders. Wattenmeer	M. Sobottke	M. Sobottke
45	Nieders. Forstplanungsamt		

Lfd.-Nr.	Institution	Teilnehmer	Unterschrift
		Bitte in Druckbuchstaben	
46	Nieders. Landesamt für Denkmalpflege		
47	Nieders. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr		
48	Nieders. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Fachbereich Luftverkehr		
49	Nieders. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Geschäftsbereich Oldenburg		
50	Nieders. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Geschäftsbereich Stade		
51	Nieders. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Geschäftsbereich Verden		
52	Nieders. Landesbehörde für Wasserversorgung, Küsten- und Naturschutz		
53	Nieders. Landesbehörde für Wasserversorgung, Küsten- und Naturschutz, Betriebsstelle Lüneburg		
54	Nieders. Landesbehörde für Wasserversorgung, Küsten- und Naturschutz, Betriebsstelle Stade		

Lfd.- Nr.	Institution	Teilnehmer Bitte in Druckbuchstaben	Unterschrift
55	Nieders. Landesforsten, Forstamt Harsefeld	Wegmann	Wegmann
56	Nieders. Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Abteilung 3		
57	Nieders. Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration, Abteilung 5		
58	Nieders. Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz		
59	Nieders. Staatskanzlei, Abteilung 4		
60	Niedersachsen Ports GmbH & Co. KG		
61	Polizeiinspektion Cuxhaven / Wesermarsch		
62	Amt für regionale Landesentwicklung Lüneburg		
63	Amt für regionale Landesentwicklung Oldenburg		

Lfd.- Nr.	Institution	Teilnehmer Bitte in Druckbuchstaben	Unterschrift
64	Aktion Fischotterschutz e. V.		
65	Biologische Schutzgemeinschaft Hunte-Weser-Ems e. V.		
66	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland		
67	Heimatbund Niedersachsen e. V.		
68	Landesjägerschaft Niedersachsen e. V., Frau Krummel		
69	Landessportfischerverband Niedersachsen e. V.		
70	Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz Niedersachsen e. V.		
71	Landesverband Niedersachsen Deutscher Gebirgs- und Wandervereine e. V. (Wanderverband Niedersachsen)		
72	NaturFreunde Niedersachsen		

Lfd.-Nr.	Institution	Teilnehmer Bitte in Druckbuchstaben	Unterschrift
73	Naturschutzbund Deutschland, Landesverband Niedersachsen e. V.		
74	Naturschutzverband Niedersachsen e. V.		
75	Nieders. Heimatbund e. V.		
76	Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, Landesverband Niedersachsen e. V.		
77	Sportfischerverband im Landesfischereiverband Weser-Ems e. V.		
78	Verein Naturschutzpark e. V.		
79	Kreisverband der Wasser- und Bodenverbände, Altkreis Wesermünde		
80	Kreisverband der Wasser- und Bodenverbände, Hadelner Deich- und Uferbauverband		
81	Wasser- und Bodenverbände Hemmoor, Unterhaltungsverbände		

Lfd.-Nr.	Institution	Teilnehmer Bitte in Druckbuchstaben	Unterschrift
82	Wasserverband Wingst		
83	Wasserversorgungsverband Land Hadeln		
84	Wasserversorgungsverband Wesermünde-Nord	Weidinger Pinus	Weidinger Pinus
85	Wasserversorgungsverband-Wesermünde-Mitte		
86	Wasserversorgungsverband-Wesermünde-Süd		
87	Bischöfliches Generalvikariat, Referat Liegenschaften		
88	Bundesverband Torf- und Humuswirtschaft e. V.		
89	Bundesverband Windenergie e. V., Regionalverband Elbe-Weser-Nord, Herrn Leonhardt	Uwe Leonhardt Anja Zschau	[Signature]
90	Eisenbahnen- und Verkehrsbetriebe Elbe-Weser GmbH		
91	Ev.-Lutherische Landeskirche, Das Landeskirchenamt		

Lfd.- Nr.	Institution	Teilnehmer Bitte in Druckbuchstaben	Unterschrift
92	Gesellschaft für Landeseisenbahnaufsicht mbH		
93	Handwerkskammer Lüneburg-Stade		
94	Industrie- und Handelskammer Stade für den Elbe-Weser-Raum	Gräber Päscher	Päscher
95	Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen mbH		
96	Landwirtschaftskammer Niedersachsen und Forstamt		
97	Nieders. Landvolk, Kreisverband Land Hadeln e. V.	Guten Hofhausen	C. H. H.
98	Nieders. Landvolk, Kreisverband Wesermünde	Torsten Gard	
99	Verkehrsgemeinschaft Nordost-Niedersachsen		
100	Verkehrsgesellschaft Nordost-Niedersachsen		
101	Verkehrsverbund Bremen / Niedersachsen GmbH		

Lfd.- Nr.	Institution	Teilnehmer Bitte in Druckbuchstaben	Unterschrift
102	vero Verband der Bau- u. Rohstoffindustrie e. V.		
103	Wirtschaftsverband Baustoffe-Naturstein e. V.		
104	Wirtschaftsverband Erdöl- u. Erdgasgewinnung e. V.		
105	Zweckverband Verkehrsverbund Bremen / Niedersachsen		
106	DB Netz AG, Niederlassung Nord		
107	DB Services Immobilien GmbH, Niederlassung Hamburg		
108	Deutsche Bahn AG, Konzernbevollmächtigter Niedersachsen / Bremen		
109	Deutsche Post AG		
110	Deutsche Telekom AG, T-Com		
111	Deutsche Telekom Technik GmbH		



Lfd.- Nr.	Institution	Teilnehmer Bitte in Druckbuchstaben	Unterschrift
112	Deutscher Wetterdienst		
113	Deutscher Wetterdienst, Verwaltungsstelle Hamburg		
114	DFS Deutsche Flugsicherung GmbH		
115	E.on Global Commodities SE		
116	Avacon AG		
117	E-Plus Mobilfunk GmbH & Co. KG		
118	E-Plus Mobilfunk GmbH & Co. KG, Geschäftsstelle Nord		
119	Ericsson Services GmbH, Contract Handling Group		
120	EWE Netz GmbH, Netzregion Cuxhaven / Delmenhorst		

Lfd.- Nr.	Institution	Teilnehmer Bitte in Druckbuchstaben	Unterschrift
121	EWE Wasser GmbH	Franz Osterhaus	U. F. Osterhaus
122	ExxonMobil Production Deutschland GmbH		
123	Kabel Deutschland Vertrieb u. Service GmbH & Co. KG, Region Niedersachsen / Bremen		
124	RWE Dea AG		
125	Telefonica Germany GmbH & Co OHG, Niederlassung Köln		
126	TenneT TSO GmbH		
127	Vodafone GmbH		
128	Landvolk Niedersachsen Kreisverband Bremervörde e.V.		
129	Landesbüro Naturschutz Niedersachsen GbR		